

Integration von Geflüchteten und die Rolle der Aufnahmegesellschaft

Konzeptionelle Überlegungen und ihre Anwendung auf ländliche Räume

Birgit Glorius, Miriam Bürer und Hanne Schneider

Thünen Working Paper 120

Das Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen“ (ZukunftGeflüchtete) wird von der Universität Hildesheim, der Technischen Universität Chemnitz, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume durchgeführt. Prof. Dr. Birgit Glorius, Miriam Bürer und Hanne Schneider von der TU Chemnitz verantworten den Teilbereich „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“. Das Thünen-Institut für Ländliche Räume koordiniert das Verbundprojekt. Gefördert wird das Verbundprojekt durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages (FKZ 2817LE036, Projektlaufzeit 01.01.2018-31.12.2020).

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Birgit Glorius, Miriam Bürer (M.A.), Hanne Schneider (M.A.)
Technische Universität Chemnitz
Thüringer Weg 9
D-09126 Chemnitz

E-Mail: birgit.glorius@phil.tu-chemnitz.de

Thünen Working Paper 120

Braunschweig/Germany, März 2019

Zusammenfassung

Dieses Working Paper thematisiert die Einstellungen der Aufnahmegesellschaft als wichtige Komponente des Integrationsverlaufs von Zugewanderten. Derzeit dominieren in der Betrachtung von Einstellungen gegenüber Zuwanderung Annahmen, die die Ablehnung von „Fremden“ stützen und empirisch nachweisen. Theorien zur Erklärung von toleranten oder zugewandten gesellschaftlichen Einstellungen werden hingegen in Bevölkerungsumfragen weniger stark berücksichtigt. In diesem Working Paper werden daher konzeptionelle Grundlagen zur Erforschung zugewandter Einstellungsmuster in der Bevölkerung vorgestellt, wobei der Begriff der „Rezeptivität“ dabei besonders im Vordergrund steht. Die Autorinnen geben zudem einen Überblick über den bisherigen Forschungsstand zur Integration von Zugewanderten in ländlichen Räumen und diskutieren Forschungsdesiderate. Auf dieser Basis wird ein Forschungskonzept entwickelt, das im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Untersuchung der Einstellungsmuster und der lokalen Diskurse und ihrer Auswirkungen auf die Integration von Geflüchteten Anwendung finden wird.

JEL: F22, I31, J15

Schlüsselwörter: Aufnahmegesellschaft, Geflüchtete, Integration, Ländliche Regionen, Migration, Rezeptivität

Summary

This working paper addresses the attitudes of the host society as an important component of immigrant integration. Currently, the research on attitudes towards immigration is dominated by assumptions focusing on the rejection of "strangers", while theories for explaining tolerant societal attitudes are less reflected in population surveys. This working paper introduces major conceptual approaches for researching attitudes that can foster integration, with a particular focus on the concept of "receptivity". The authors also provide an overview of the current state of research on the integration of migrants in rural areas. Furthermore, they develop a research concept for investigating reception patterns, attitudes of the host society and local discourses and their implications for the integration of refugees.

JEL: F22, I31, J15

Keywords: host society, refugees, integration, rural regions, migration, receptivity

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	i
Summary	i
Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	III
1 Einleitung und Forschungsrelevanz	1
2 Theorien zur Erklärung von zugewandten gesellschaftlichen Einstellungen	3
2.1 Rezeptivität als gesellschaftliche Voraussetzung	3
2.2 Kontakt als Grundlage für den Abbau von Vorurteilen	5
2.3 Toleranz im Sinne pluralistischer Gesellschaften	5
2.4 Weiterführende Diskurse urbaner Aufnahmegesellschaften	7
3 Theorien zur Erklärung von ablehnendem Verhalten gegenüber Fremden	9
3.1 Relative Deprivation	9
3.2 Anomie – ein sozialstruktureller Erklärungsansatz	10
3.3 Autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen	11
3.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als empirisches Syndrom	12
4 Einstellungen der Aufnahmegesellschaft in ländlichen Räumen: Ein empirischer Überblick	15
5 Zusammenfassung und Konsequenzen für das Forschungsdesign	21
5.1 Repräsentativerhebung zu Einstellungen der Aufnahmegesellschaft	21
5.2 Qualitative Untersuchung der Einstellungen, Handlungsorientierungen und Integrationspraktiken zivilgesellschaftlicher Akteur*innen	22
5.3 Analyse lokaler Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten, institutioneller und zivilgesellschaftlicher Hilfeleistung und Integrationsergebnissen	23
Literaturverzeichnis	25

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Erklärungsansätze der Einstellungsforschung	3
--------------	---	---

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Empirische Bausteine zur Erhebung von Einstellungen und Verhaltensmustern hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Gemeinden	22
------------	--	----

1 Einleitung und Forschungsrelevanz

Die große Anzahl an ankommenden Asylsuchenden in den Jahren 2014-2016 hat Politik und Zivilgesellschaft nachhaltig herausgefordert. Nachdem zunächst die Weiterverteilung und Unterbringung im Fokus stand, liegt der Schwerpunkt heute auf Fragen der langfristigen Integration. Wissenschaftliche Fallstudien wie auch journalistische Berichte weisen dabei auf eine große Bandbreite an Erfahrungen und Verläufen der Integration in einzelnen Städten und Gemeinden hin. Neben der Eignung von Infrastruktur und institutioneller Ausstattung einer Kommune stellen auch die Einstellungen der ansässigen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten eine wichtige Komponente des Integrationsprozesses dar.

Aufgrund der deutschlandweiten Verteilung von Geflüchteten sind seit 2015 verstärkt auch Orte in ländlichen Gebieten mit der Unterbringung und lokalen Integration von Geflüchteten beschäftigt. In vielen dieser Regionen war der Kontakt zu Migrant*innen aufgrund geringer Anteile an der Bevölkerung zuvor kein Bestandteil des lokalen Alltags. Durch die Zuweisung von Asylsuchenden hat sich diese Situation plötzlich verändert und konfrontiert lokale Akteur*innen, Institutionen und Bürger*innen mit alltagspraktischen Fragen der Integration, aber auch mit der eigenen Haltung zu Flucht, Fremdheit und Zugehörigkeit. Während kommunalpolitische Strategien auf die Unterbringung und Erstversorgung mit praktischen integrationspolitischen Fragen ausgerichtet sind, stellt die ansässige Bevölkerung den gesellschaftlichen Rahmen für Aufnahmeprozesse dar und kann diese durch ihr Verhalten fördern, aber auch behindern.

In Bezug auf ländliche Räume und ihre Bewohner*innen liegen bundesweit bislang nur wenige empirische Erkenntnisse zu Einstellungen gegenüber Migrant*innen vor (siehe hierzu einen Überblick in Glorius 2017b: 95-100). Dabei ist die Forschung zu Einstellungen gegenüber Migrant*innen und ihrer Integration in Deutschland sehr ausgeprägt und wird in vielen großen Bevölkerungsbefragungen berücksichtigt (z. B. durch Fragen zur Legitimität der Anwesenheit Geflüchteter sowie Items zu Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit). Die bisherigen Bevölkerungsumfragen (u. a. Mikrozensus, SOEP, ALLBUS, GMF-Befragung, „Mitte“-Studien, Eurobarometer) sind allerdings nicht darauf ausgelegt, ländliche Strukturspezifika differenziert zu ermitteln oder entsprechend kleinräumige Ergebnisdarstellungen zu produzieren.¹

Einstellungen der Aufnahmegesellschaft werden mehrheitlich auf Grundlage von forschungstheoretischen Annahmen über „Fremdheit“ untersucht. Hellmann (1998) begründet dies mit dem bereits in den 1990er Jahren dominanten öffentlichen Diskurs, der Einstellungen zu Ausländer*innen mit einer Zunahme von ethnisierten Konflikten und rechtsextremen Gewalttaten assoziiert (Hellmann 1998). Beispielhaft hierfür sind die „Mitte-Studien“, die seit 2002 die Entwicklung von rechtsextremen und demokratischen Einstellungen in Deutschland untersuchen. Dadurch wird die Entwicklung von ablehnendem oder abwertendem Verhalten wie rechtsextremen, frem-

¹ Hier ist etwa die Stichprobengröße in einzelnen kleinräumlichen Strukturen ein Hindernis, siehe Ausführungen von Hoffmeyer-Zlotnik 2000.

denfeindlichen, chauvinistischen, antisemitischen und islamfeindlichen Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland sichtbar. Diese Erkenntnisse bieten wichtige empirische Grundlagen für die Frage der gesellschaftlichen Verfasstheit in Bezug auf die Integration von Geflüchteten. So kann in der Erhebung 2006 gezeigt werden, dass das Phänomen der Ausländerfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Die Legitimierung von Ausländerfeindlichkeit erfolgt dabei nicht mehr wie früher auf der Grundlage von Ethnizität, sondern es wird zunehmend mit kulturellen Normen argumentiert. Allgemein finden in den vergangenen Jahren jedoch auch immer mehr diversitätsorientierte und kritische Ansätze Eingang in die Forschung, oft in Zusammenhang mit urbanen Vielfaltsdiskursen, die auf die Ethnisierung von sozialen Konflikten hinweisen (siehe Nikodem et al. 2007).

Obgleich die Datenlage zu den Einstellungen gegenüber Zuwanderung und Integration also recht gut ist, fehlen bislang regional differenzierende Auswertungen, insbesondere bezüglich möglicher Unterschiede der gesellschaftlichen Einstellungsmuster in städtischen und ländlichen Räumen. Zudem dominieren in der Betrachtung von Einstellungen gegenüber Zuwanderung Annahmen, die die Ablehnung von „Fremden“ stützen und empirisch nachweisen, während Theorien zur Erklärung von toleranten oder zugewandten gesellschaftlichen Einstellungen weniger stark in Bevölkerungsumfragen berücksichtigt werden.

Dieses Working Paper ist im Rahmen des Projektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen (Bundesprogramm Ländliche Entwicklung², 2018-2020) entstanden, in dem in einem von vier Teilprojekten zugewandte oder ablehnende Einstellungen der Aufnahmegesellschaft als Voraussetzung für die Integration von Geflüchteten in ländlichen Gemeinden erforscht werden.³ Dieser Beitrag stellt die konzeptionellen Grundlagen der Forschung vor. Er bietet einen Überblick zu den maßgeblichen theoretischen Ansätzen, die zugewandte (Kapitel 2) oder ablehnende (Kapitel 3) Haltungen der sog. „Ankunfts-“ oder „Aufnahmegesellschaft“ konzeptionell untersetzen, und diskutiert die Datenlage der empirischen Einstellungsforschung in Bezug auf ländliche Räume (Kapitel 4). Auf dieser Basis wird ein Forschungskonzept entwickelt, das im Rahmen des Forschungsprojektes zur Untersuchung der Einstellungsmuster und der lokalen Diskurse und ihrer Auswirkungen auf die Integration von Geflüchteten angewandt wird (Kapitel 5).

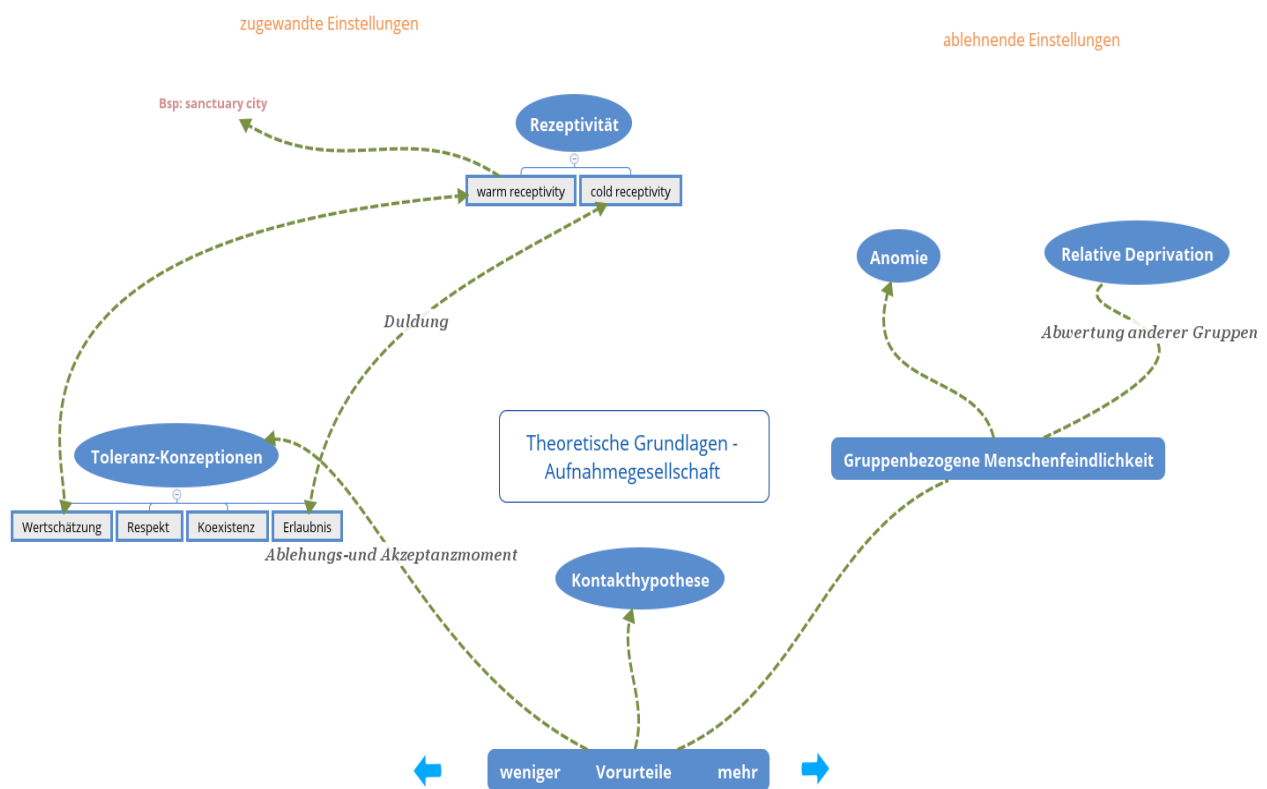
² Gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL).

³ Die weiteren drei Teilprojekte befassen sich mit integrationsrelevanten Rahmenbedingungen (TP1), der Perspektive Geflüchteter (TP2) sowie der lokalen Integrationspolitik (TP3) (vgl. <https://www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de>).

2 Theorien zur Erklärung von zugewandten gesellschaftlichen Einstellungen

Grundsätzlich lassen sich in der theoretischen Betrachtung von gesellschaftlichen Aufnahmevoraussetzungen zwei verschiedene Ansätze unterscheiden: Theorien zur Erklärung offener und zugewandter Haltungen gegenüber Fremden und Theorien zur Erklärung ablehnenden Verhaltens. Diese können in unserem Verständnis ein Kontinuum verschieden ausgeprägter Einstellungen darstellen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Erklärungsansätze der Einstellungsforschung



Quelle: Entwurf M. Bürer, H. Schneider.

2.1 Rezeptivität als gesellschaftliche Voraussetzung

Als zentrale Begrifflichkeit, die die Aufnahmebereitschaft auf gesellschaftlich-institutioneller und individueller Ebene beschreibt, ist in der Literatur der Begriff **Rezeptivität** zu finden. Rezeptivität wird als Grad der Offenheit gegenüber Neuankömmlingen betrachtet und ist damit eine wichtige Basis für nachfolgende Integrationsprozesse. Rezeptivität kann auf zwischenmenschlicher sowie institutioneller und politischer Ebene von Relevanz sein. McDaniel (2013) weist auf die Multiperspektivität des Begriffs als Untersuchungskategorie hin und definiert für seine eigene Forschung:

„receptivity refers to a broad set of concepts, ideals, feelings, attitudes, and political, economic, social, and cultural structures that all play a role in how a particular place receives migrants and newcomers” (McDaniel 2013: 16 f.). Dabei ist auch von Belang, wie die Neuankömmlinge die Aufnahme durch die lokale Bevölkerung bzw. Institutionen wahrnehmen.

Rezeptivität ist ein ortsbezogenes Konzept und berücksichtigt die geographisch jeweils spezifischen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen sowie bestehende politische und institutionelle Strukturen und damit vertretene Ideale als Hintergrundfolie für die Aufnahme von Neuankommenden (McDaniel, Smith 2017: 1063). Daher kann die Rezeptivität zwischen Orten eines Landkreises sowie innerhalb eines Ortes oder einer Stadt unterschiedlich ausgeprägt sein, falls sozioökonomische und politische Strukturen stark variieren. Weitere Faktoren können auch Personen der Öffentlichkeit sein, die sich mehr oder weniger offen gegenüber Migrant*innen und deren Integration äußern und damit Einfluss auf die Rezeptivität der Menschen vor Ort nehmen.

Rezeptivität als analytisches Konzept unterscheidet positive und negative Ausprägungsformen – *warm* und *cold receptivity* – die mit den Synonymen Offenheit bzw. Ablehnung als Grundkonstellation in der Reaktion auf Zuwanderung beschrieben werden können. Orte, in denen *warm receptivity* vorherrscht, bemühen sich proaktiv um eine umfassende Einbeziehung von Migrant*innen und sehen die Zuwanderung positiv. Orte, in denen *cold receptivity* dominiert, sehen überaus kritisch auf Immigrationsprozesse; es herrscht eine reaktive Haltung hinsichtlich neuer Bevölkerungsgruppen vor und es werden überwiegend Mechanismen der Exklusion implementiert (McDaniel 2013: 25 f.).

McDaniel und Smith (2017: 1063) verweisen darauf, dass in Orten, in denen eine „warm receptivity“ vorhanden ist, langfristige Integrationsprozesse einfacher möglich sind als in Regionen mit einer „cold receptivity“ (ebd.: 1063). Weiter kann sich *receptivity* über längere Zeit verändern bzw. können auch unterschiedliche Grade der Offenheit nebeneinander bestehen. Eine weitere Beobachtung ist, dass sich Regionen mit langfristig integrierten Migrant*innen als widerstandsfähiger gegenüber ökonomischen und sozialen Krisen erweisen als jene Regionen, in denen Migrant*innen schlechtere Integrationsmöglichkeiten vorfinden. Diese Widerstandsfähigkeit wird mit dem Begriff der sozialen Resilienz wissenschaftlich präzisiert, in dem es um die „Anpassungs- aber auch Transformationskapazitäten gesellschaftlicher Akteure auf allen Ebenen geht“ (Bobar, Winder 2018: 89). Das Konzept ist akteursorientiert; die Systemebene spielt nur für die kontextuelle Verortung der Akteur*innen eine Rolle. Die dem Konzept inhärente konstruktive Hervorhebung der Wirkungs- und Handlungsfähigkeit lokaler Akteur*innen und damit ihrer „Teilhabe an Transformationsprozessen“ (ebd.: 91) bietet einen vielversprechenden Ansatzpunkt zur empirischen Operationalisierung von Rezeptivität.

2.2 Kontakt als Grundlage für den Abbau von Vorurteilen

Allport's (1954) *Kontakthypothese* ist von zentraler Bedeutung für die Untersuchung der Einstellungen der lokalen Aufnahmegesellschaften in Bezug auf Geflüchtete. Sie besagt, dass häufiger Kontakt zu Mitgliedern anderer (z. B. ethnischer) Gruppen die existierenden Vorurteile gegenüber diesen Gruppen reduziert. Allport definiert *Vorurteil* als „von anderen ohne ausreichende Begründung schlecht denken“ (Bernstein, Inowlockim 2015: 193). Ein Vorurteil enthält damit einen negativen Gefühlston und ein ohne Erfahrung begründetes Urteil gegenüber einem anderen Menschen oder einer Gruppe von Menschen – in dem Fall das „ethnische Vorurteil“. Daraus ergibt sich „eine ablehnende oder feindselige Haltung gegen eine Person, die zu einer Gruppe gehört, einfach deswegen, weil sie zu dieser Gruppe gehört und deshalb dieselben zu beanstandenden Eigenschaften haben soll, die man dieser Gruppe zuschreibt“ (Allport, zitiert in Bernstein, Inowlockim 2015: 194). Weiter versteht Allport unter *Stereotype* „feste Bilder“ sowie „eine überstarke Überzeugung, die mit einer Kategorie verbunden ist“ (ebd.: 200). Diese dienen vor allem der Rechtfertigung des auf die Gruppe bezogenen Verhaltens. Allport macht deutlich, dass abwertendes Verhalten eine Rechtfertigung verlangt und dass jede Rechtfertigung „genehm ist, wenn sie in die jeweilige Gesprächssituation passt“ (ebd.: 204).

Auf derzeitige Integrationsdiskurse bezogen kann dies bedeuten, dass eine Person dafür kritisiert wird, dass sie sich nicht genügend integriere oder integrieren lasse. Gleichzeitig kann ihr vorgeworfen werden, ihre Wurzeln und Heimat zu vergessen. Die willkürliche Zuschreibung angeblicher Eigenschaften zu einer Personengruppe sowie der Konstruktionscharakter von Stereotypen und Vorurteilen werden damit deutlich. Durch *strukturierte Kontakte zwischen „Vorurteilsträger*innen“ und Angehörigen* der angefeindeten Bevölkerungsgruppen können sich, so Allport (1954), Feindseligkeiten, Abwertungen und Vorurteile verändern. Dabei unterscheidet er zwischen Zufalls-, Nachbarschafts-, Berufs- und Freizeitkontakten. Der Abbau von Vorurteilen gelinge besonders gut, wenn die Personen in der Kontaktsituation kooperative Ziele verfolgen und miteinander interagieren müssen, wenn sie statusgleich sind und wenn der Kontakt von Autoritäten unterstützt wird. Die Annahme wurde bereits in zahlreichen Studien empirisch belegt (Roos 2016: 254 ff.; Pettigrew, Tropp 2006: 752; Rapp 2014: 156). Insbesondere eine positive Form des Kontaktes, der regelmäßig und kontinuierlich erfolgt, hat sich hierbei als wirksam gezeigt (Rapp 2014: 248).

2.3 Toleranz im Sinne pluralistischer Gesellschaften

Die bereits im Rahmen des Ansatzes der Rezeptivität vorgenommene Anknüpfung an den Begriff der *Toleranz* ist Teil der theoretischen, insbesondere sozialphilosophischen, Diskussion als Voraussetzung für die Aufnahmefähigkeit von Gesellschaften. In diesem alltäglichen Begriff findet sich jedoch eine große Bandbreite an Bedeutungszuschreibungen. Diese reichen dabei von verschiedenen Verständnissen des gegenseitigen Respektierens oder Duldens bis hin zum Solidarisieren mit anderen Menschen. An dieser Stelle soll auf das Konzept von Rainer Forst verwiesen

werden, der den Begriff von Toleranz im Sinne einer „kulturell pluralistische[n], demokratische[n] Gesellschaft“ vorschlägt und ein grundlegendes Verständnis von Toleranz konzeptualisiert. Zunächst sei der Kontext der Toleranz wichtig, in welchem sich Individuen begegnen, so dass auch Gründe für Toleranz variieren können. Er geht davon aus, dass Toleranz stets eine Anerkennungs- aber auch eine Ablehnungskomponente aufgrund normativer Grenzen des Tolerierbaren enthält. „Wäre diese nicht vorhanden, hätte man es nicht mit Toleranz zu tun, sondern entweder mit Indifferenz oder mit vollständiger Bejahung – zwei Haltungen, die mit Toleranz unverträglich sind“ (Forst 2000: 120 f.). Die Anerkennungskomponente hingegen trägt dazu bei, dass tolerierte Überzeugungen oder Handlungen zwar als schlecht beurteilt werden, aber doch nicht als vollkommen falsch, dass eine Tolerierung unmöglich sei. Forst zufolge gibt es vier Ausprägungen der Toleranz:

1. die *Erlaubnis-Konzeption*, in der eine Mehrheit Einstellungen und Handlungen einer Minderheit duldet, so lange die Mehrheitsgrundsätze nicht in Frage gestellt werden;
2. die *Koexistenz-Konzeption*, die eine wechselseitige Tolerierung voraussetzt, aber nicht über ein gegenseitiges Dulden hinausgeht;
3. die *Respekt-Konzeption* als wechselseitige Achtung, die moralisch begründet ist und Gruppen und Individuen gegenseitig als Gleichberechtigte annimmt, sowie
4. die *Wertschätzungs-Konzeption* als „anspruchsvollere Form der wechselseitigen Anerkennung“ (Forst 2000: 129), da hier über die Respekt-Konzeption hinaus die Praktiken und Einstellungen anderer Gruppen, z. B. kulturelle oder religiöse Gemeinschaften, als wertvoll eingeschätzt werden (Forst 2000: 124 ff.)

Ein wichtiger Kritikpunkt gegenüber dieser Konzeption ist, dass Toleranz auch zur Hinnahme diskriminierender Haltungen führe und damit einen aktiven Widerspruch gegen fremdenfeindliche oder diskriminierende Positionen verhindere. Doch Forst nimmt diese Kritik bereits als „Paradox der Toleranz“ vorweg und verweist auf die Grundhaltung des demokratischen Respekts. Diese lasse abweichende Haltungen Anderer grundsätzlich zu, insoweit sie innerhalb eines demokratischen Selbstverständnisses getätigt werden: „the paradox of moral toleration should be resolved in such a way that a general form of democratic respect among citizens requires tolerating all convictions and practices that do not infringe on this respect“ (Forst 2014: 68).

Auch Klein und Zick (2013) beschäftigten sich mit dem Toleranz-Begriff und dem Zusammenhang von Toleranz und Vorurteil und argumentierten, „dass nicht jede Auffassung von Toleranz zielführend für den Abbau von Vorurteilen ist“ (Klein, Zick 2013: 278). Stattdessen stellen sie die Kernfrage, „welche Konzeption von Toleranz tatsächlich einer Grundhaltung entspricht, die mit einem geringen Ausmaß an Vorurteilen einhergeht“ (ebd.: 279). Anhand von Surveydaten überprüften sie den Zusammenhang zwischen Vorurteilen und Toleranz und arbeiteten heraus, dass lediglich die Wertschätzungs-Konzeption empirisch einen negativen Zusammenhang mit Vorurteilen aufweist (Klein, Zick 2013). Empirisch findet der Toleranzbegriff bislang weniger Anwendung, als etwa die Forschung zu Vorurteilen. Ein aktuelles Beispiel für empirische Befragungen hierfür ist der Radar Sozialer Zusammenhalt der Bertelsmann-Stiftung, in dem Toleranz insbesondere im Kon-

text des Schlagwortes „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ untersucht wird (Arant, Larsen, Boehnke 2017: 69).

2.4 Weiterführende Diskurse urbaner Aufnahmegesellschaften

Im Rahmen aktueller *progressiver Ansätze in der Migrationsforschung* werden überdies zugewandte Haltungen auf lokaler Ebene untersucht, die sich besonders in sozialen Bewegungen und Aktivismus explizit für die Aufnahme bzw. Bleibemöglichkeiten im lokalen Umfeld aussprechen. Hier ist etwa die Diskussion um Sanctuary Cities (Scherr, Hofmann 2018: 869 ff.) also das Konzept der „Zufluchtsstädte“, zu nennen. „Mit ihrer Deklaration zu einer Sanctuary City greifen Kommunen also einerseits Forderungen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und sozialen Bewegungen auf und übersetzen einige dieser Forderungen in eine kommunalpolitische Programmatik“ (Scherr, Hofmann 2018: 875). McDaniel beschreibt im Modell der Rezeptivität die Sanctuary City als äußerste Ausprägung der „warm receptivity“ (McDaniel 2013: 42). Des Weiteren spielen in der Literatur um kommunale Aufnahmebereitschaften auch aktivistische Proteste für und mit Geflüchteten, insbesondere gegen Abschiebungen, eine Rolle (Rosenberger, Stern, Merhaut 2018).

Allerdings verbleiben diese Ansätze bislang vielfach auf einer pragmatisch-aktionistischen Ebene, d. h. zumeist ohne theoretische Einordnung oder vertiefende Befassung mit den gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen von „Willkommensstädten“. Ebenso ist anzumerken, dass es sich um einen bislang ausschließlich urbanen Diskurs handelt, der u. a. aus dem normativen Paradigma „Recht auf Stadt“ entwickelt wurde. Im Verlauf unserer Forschung wird zu klären sein, inwieweit diese gesellschaftlichen Diskurse auch in ländlichen Regionen und kleineren Städten relevant sind.

3 Theorien zur Erklärung von ablehnendem Verhalten gegenüber Fremden

3.1 Relative Deprivation

Ein weit verbreiteter Theorieansatz soziologischer und sozialpsychologischer Untersuchungen ist das **Konzept der relativen Deprivation** (abgekürzt meist als RD). Es basiert auf den Arbeiten von Stouffer (1949) und wurde insbesondere durch Runciman (1967) und Pettigrew (2002) weiterentwickelt. Der Terminus Deprivation (*lat. zu berauben*) bedeutet hierbei eine Benachteiligung von Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen. Diese Benachteiligung kann tatsächlich oder auch gefühlt stattfinden. Die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligung gegenüber einer Vergleichsgruppe wird als relative Deprivation bezeichnet. Es geht demnach nicht um die absolute Benachteiligung, die ein Individuum erfährt, sondern vielmehr um die subjektiv wahrgenommene Enttäuschung (Farwick 2009: 117).

Das Individuum reagiert auf die Deprivationserfahrung mit Unzufriedenheit, die sich in unterschiedlichen Phänomenen zeigen kann, wie gesellschaftspolitischen Einstellungen, Wahlentscheidungen, Vorurteilen oder auch aggressiven Verhaltensmustern (Rippl, Baier 2005: 645). Runciman zufolge ist zwischen *egoistischer* und *fraternaler* relativer Deprivation zu unterscheiden. Während erstere das Individuum in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, betrachtet letztere relative Deprivation als gruppenbezogenes Phänomen. Diese Differenzierung hat sich auch in Befragungsstudien durchgesetzt (hierzu Pettigrew et al. 2008). Vor allem die gruppenbezogene relative Deprivation wird in vielen Untersuchungen zur Ausländerfeindlichkeit als Erklärungsansatz zugrunde gelegt. Auch ähnliche Ansätze, wie die Desintegrationstheorie nach Anhut und Heitmeyer (2000), gehen von Zusammenhängen zwischen individuellen Erfahrungen und kulturell bzw. ethnisch begründeter Ablehnung anderer aus (Anhut, Heitmeyer 2000, 2007). Vannemann und Pettigrew nutzten dieses Konzept 1972 als eine der ersten in ihren Forschungen für die Erklärung von ablehnenden Einstellungen gegenüber Migrant*innen. Als wichtige Einflussfaktoren für die Entstehung von relativer Deprivation zeigen sich neben sozioökonomischen Merkmalen (Schulbildung, Alter, Wohnort, soziale Herkunft, Gender) im Besonderen die Ausprägung des Autoritarismus (Schmidt et al., zitiert in Decker et al. 2016).

Als problematisch identifizieren Rippl und Baier insbesondere die diffuse Nutzung des Konzeptes und evaluieren die Erklärungskraft des Deprivationsmodelles. Diese sei uneindeutig, „da vergleichende Analysen der unterschiedlichen Deprivationskonzepte weitgehend fehlen“ (Rippl, Baier 2005: 645). In Erhebungen sollte daher im Besonderen die klare Unterscheidung zwischen individueller und fraternaler relativer Deprivation berücksichtigt werden.

3.2 Anomie – ein sozialstruktureller Erklärungsansatz

Während das Konzept der relativen Deprivation Erklärungs-faktoren für ablehnendes Verhalten auf der Individualebene sucht, fokussiert die **Anomietheorie** auf die strukturellen Gegebenheiten einer Gesellschaft. Mertons (1957) Theorie der Anomie definiert Verhalten als „Produkt der Sozialstruktur“ (Jacobson 2008: 19).⁴ Sie ermöglicht es, Verhaltensstrukturen innerhalb einer Gesellschaft zu erklären. Dabei greift Merton (1957) zwei der sozialen und kulturellen Elemente auf, die für ihn von entscheidender Bedeutung sind. Zum einen sind das kulturell definierte Ziele, die für alle Mitglieder der Gesellschaft angenommen werden und als legitim gelten. Es sind jene Ziele, nach denen es sich zu streben lohnt (Mackert, Steinbicker 2013: 76). Als zweites Element sieht Merton (1957) die institutionalisierten Normen, die die akzeptablen Verhaltensweisen zur Erreichung der Ziele definieren, regulieren und kontrollieren (vgl. ebd.: 76). Merton (1957) definiert Anomie als einen „Zusammenbruch der kulturellen Struktur, der besonders dort erfolge, wo eine scharfe Diskrepanz bestehe zwischen kulturellen Normen und Zielen einerseits und den sozial strukturierten Möglichkeiten, in Übereinstimmung damit zu handeln, andererseits. Daraus folge eine Tendenz zum Zusammenbrechen der Normen, zur Normenlosigkeit“ (Jacobsen 2008: 19). Nach Mackert und Steinbicker wird von Anomie gesprochen, wenn es „sozialen Akteuren nicht möglich ist, die kulturell verbindlichen Ziele mit den legitimen Mitteln zu erreichen und sie deshalb deviantes Verhalten zeigen“ (Mackert, Steinbicker 2013: 76). Individualverhalten oder Persönlichkeitstypen werden bei Merton (1957) nicht als Erklärungsebene für Anomie herangezogen, daher ist der Ansatz als sozio-strukturelle Theorie auf einer Makroebene einzuordnen. Für Merton liegen die Ursachen für Anomie also in bestimmten Gegebenheiten der sozialen Struktur. Er versteht Anomie als „eine normale Reaktion auf bestimmte Prozesse innerhalb der sozialen Struktur“ (Jacobson 2008: 23) und nicht als „abnormales“ Verhalten oder Phänomen.

Merton (1957) unterteilt abweichendes Verhalten in vier Kategorien:

1. Innovation wird als ein Verhaltenstyp definiert, in dem soziale Akteur*innen die kulturellen Ziele anerkennen, die institutionell legitimierten Handlungen aber ablehnen und/oder nach neuen Wegen suchen (Mackert, Steinbicker 2013: 77).
2. Der Ritualismus hingegen beschreibt eine Situation, in dem soziale Akteur*innen die Ziele nicht mehr weiterverfolgen (wie z. B. persönlicher ökonomischer Erfolg), die Handlungen dafür aber beibehalten. Sie geben sich mit dem Erreichten zufrieden.
3. Der dritte Verhaltenstyp wird durch Rückzug beschrieben. Hier haben die Akteur*innen weder Interesse, die kulturellen Ziele zu verfolgen noch die legitimen Mittel, die dafür vorgesehen sind. Dies ist dann wahrscheinlich, wenn zuvor die kulturellen Ziele komplett verinnerlicht wurden, die Mittel dazu aber nicht zur Verfügung standen.

⁴ Von dieser Definition wird auch in der Autoritarismus-Theorie ausgegangen.

4. Die letzte Verhaltensform definiert Merton als Rebellion. Er begreift es als „Wunsch nach völlig neuen kulturellen Zielen und Wegen, die aus massiven Frustrationserfahrungen mit den bestehenden Handlungsoptionen resultieren“ (ebd.: 78) Gleichzeitig betont Merton, dass in diesem Falle nicht die gesellschaftliche Grundstruktur für das anomische Verhalten verantwortlich gemacht werden kann.

Anomische Einstellungen stellen eines der am häufigsten abgefragten Items in Befragungen zu fremdenfeindlichem Verhalten dar. Die Anomie-Skala in Befragungen „ist hier Indikator für den subjektiven Zustand der Anomie. Diese Skala misst jedoch nicht die eigentliche Normenlosigkeit der Anomie, sondern die subjektive Beurteilung der eigenen Zukunftschancen oder der individuellen Bedeutungslosigkeit“ (Friedrichs 2004, 485, zitiert in Heyder, Gaßner 2012: 283).

3.3 Autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen

Relative Deprivation und die daraus resultierende gruppenbezogene Abwertung des „Anderen“ zur Stabilisierung des „Eigenen“ steht in einem starken Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit und der Hinwendung zu autoritären Verhaltensmustern, wie die „Mitte“ bzw. „Autoritarismus“-Studien wiederholt nachgewiesen haben (vgl. Decker, Brähler 2018). Dabei werden vielfach die Sozialisationsbedingungen herangezogen, die die Entstehung fremdenfeindlicher und autoritärer Verhaltensweisen auf individueller Ebene fördern können. „Mit den Individuen nimmt die Forschung auch immer die Bedingungen in den Blick, unter denen diese leben und zu dem geworden sind, was der Gesellschaft aus ihrer Mitte als Bedrohung entgegentritt.“ (Decker, Brähler 2016: 12).

Die Ausprägung autoritärer Verhaltensmuster geht auf Adornos Autoritarismus-These zurück und nimmt an, dass Personen mit autoritären Persönlichkeitsstrukturen verstärkt zu fremdenfeindlichen Einstellungen neigen. Sie bezieht sich insbesondere auf individualpsychologische Untersuchungen, ist jedoch aufgrund kohortenbezogener Sozialisationsmuster auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext von Relevanz (Adorno et al. 1950). Erste Studien befassten sich mit der deutschen Gesellschaft der frühen 1930er Jahre (Horkheimer et al. 1936) und der US-amerikanischen Bevölkerung der 1940er Jahre (Adorno et al. 1950). Decker und Brähler (2016: 12) resümieren, dass „die Probanden beider Studien (...) in Gesellschaften verstrickt (waren), die – in unterschiedlichem Grad – autoritär organisiert waren und ihren Mitgliedern diese Prägung aufdrückten. Der ‚Autoritäre Charakter‘ ist wie ein Fahrradfahrer, der nach oben buckelt, nach unten tritt und immer in den eingefahrenen Bahnen der Konvention bleibt.“ Die These wurde im Kontext der Frankfurter Schule vor allem auf die deutsche Kriegs- und Nachkriegsgeneration angewandt, der man durch die Erziehungskonzepte im Nationalsozialismus, aber auch durch das Hineinwachsen in eine konservative und vielfach diskursunfähige Nachkriegsgesellschaft die Hinwendung zu autoritären Einstellungsmustern nachsagte. Decker et al. 2012 betonen, dass Grundlagen für autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nur durch körperliche Züchtigungen und rigide Erziehungsmethoden gelegt werden, sondern dass ebenso gesellschaftliche

Strukturen dazu beitragen, in denen individuelle Bedürfnisse kaum berücksichtigt werden, da es mehr um das Funktionieren des Ganzen geht. Die Erfahrung, dass eigene Bedürfnisse wenig Beachtung finden, erzeugt Ambivalenz gegenüber der sich derart verhaltenden Gesellschaft. Die autoritäre Aggression, so Decker und Brähler (2012: 13), resultiert letztendlich aus der eigenen Erfahrungen der Anpassung unter Zwang: „Wer sein eigenes Leben nicht leben konnte, hasst auch das Leben der anderen.“

3.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als empirisches Syndrom

Ein umfassendes Forschungsprogramm zur Untersuchung von ablehnendem Verhalten gegenüber Personen bietet der Ansatz der **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)**, der aus empirischen Erkenntnissen als Syndrom beschrieben und weniger als klassische Theorie verstanden wird. Er beruht auf dem Desintegrationsansatz von Anhut und Heitmeyer (2000) und wurde in der Studie „Deutsche Zustände“ von Heitmeyer et al. in einer zehnjährigen Langzeituntersuchung weiterentwickelt (Küpper 2012). Die „Deutschen Zustände“ beinhalten die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, die subjektive Wahrnehmung dieser Zustände in der Bevölkerung sowie die Zusammenhänge zwischen objektiven Trends und der Abwertung, Diskriminierung oder Gewalt gegenüber schwachen Gruppen. Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bildet den analytischen Rahmen der Studie, vereint auch Teile bereits vorgestellter theoretischer Ansätze. Die theoretische Annahme dabei ist, dass Menschenfeindlichkeit auf Gruppen zielt und nicht an individueller Feindschaft festgemacht werden kann. Von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird gesprochen, wenn Personen aufgrund der ihnen zugewiesenen oder gewählten Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig definiert werden und sie Feindseligkeiten aufgrund dieser Zugehörigkeit ausgesetzt sind. Schließlich werden zehn Kategorien der GMF erhoben: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Menschen mit Behinderung oder Langzeitarbeitslosen, Islamfeindlichkeit, Etablierten-Vorrechte und Sexismus. Der gemeinsame Kern dieser Kategorien bildet die Vorstellung der Ungleichwertigkeit. Daher sprechen Heitmeyer et al. von einem Syndrom. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit, so wird argumentiert, sei trotz der Idee der Aufklärung stets latent vorhanden und komme in Form von Abwertung „schwacher Gruppen“ (Heitmeyer et al. 2008: 36) zum Ausdruck, die eine Legitimationsfunktion für Diskriminierung und Ausgrenzung sein kann. Hervorzuheben ist der Konstruktionscharakter solcher Phänomene und die Tatsache, dass es keine eindimensionale Erklärung oder Auslöser für ein solches Verhalten gibt. Vielmehr müssen jegliche Einflüsse auf eine Person oder Personengruppe, wie die individuelle soziale Lage, kommunale Kontexte, ökonomische Trends und das gesellschaftliche Klima in den Blick genommen werden.

In der Studie „Deutsche Zustände“ konnte empirisch belegt werden, dass Befragte, die Desintegrationsängste aufweisen und sich von Krisen bedroht fühlen, signifikant höhere Ausprägungen von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus zeigen als Personen, die nicht von Abstiegsängsten betroffen sind. Ein Antwortverhalten, dass auf die Abwertung anderer schließen lässt, zeigt sich häufiger bei Befragten, die sich in der persönlichen Lebensplanung und in der ge-

sellschaftlichen Entwicklung orientierungslos fühlten, ein Gefühl von Machtlosigkeit haben und eine verringerte Partizipationsneigung aufweisen (Heitmeyer 2012).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ein reichhaltiger Theoriebestand zur Erklärung von individuellen und gruppenbezogenen Einstellungen gegenüber Fremden existiert, der mit den einschlägigen Werken der Chicagoer Schule sein Fundament erhielt, und parallel zu gesellschaftlichen Entwicklungen fortgeschrieben und verfeinert wurde. Die Operationalisierung der Theoriebausteine folgt ebenfalls den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungen, wie etwa großen Migrationsbewegungen oder gesellschaftlichen Deformationen durch Krieg und Diktatur und ihren Folgen für gruppenbezogene Aushandlungsprozesse. Dabei wurde der Erklärung von ablehnenden und feindseligen Einstellungen stets größere Aufmerksamkeit zuteil, als der Untersuchung von toleranten und zugewandten gesellschaftlichen Einstellungen.

4 Einstellungen der Aufnahmegesellschaft in ländlichen Räumen: Ein empirischer Überblick

Spezielle empirische Ergebnisse zu ländlichen Räumen, die beispielsweise Erkenntnisse aus Panelbefragungen in Bezug zur Ländlichkeit der Wohnorte der Befragten setzt, liegen bislang kaum vor. Regionale Differenzierungen werden in Deutschland seit den 1990er Jahren vorzugsweise als Ost-West-Dichotomie modelliert (u. a. Becker 2005; Heyder, Gaßner 2012; Zick et al. 2016; Wasmer, Koch 2000). Auf diese Weise wurde u. a. die stärker ablehnende Haltung gegenüber Ausländer*innen im Osten Deutschlands herausgearbeitet. Doch auch in westdeutschen Kontexten wurden bereits rechtsextremistische Tendenzen belegt, wie z. B. Borstel (2008) im Rahmen der Studie „Deutschen Zustände“ (Folge 6; 2008) bezogen auf empirische Untersuchungen in der Westpfalz herausarbeitet. Er schlussfolgert, „daß die Idee des modernen Rechtsextremismus sich dort alltagskulturell zu verankern droht, wo sich Regionen in ökonomischen Umbrüchen befinden, weil dort auch die demokratische Gegenseite nur selten selbstbewusst aufzutreten weiß“ (Borstel 2008: 269).⁵ Borstel nimmt demnach die regionalen strukturellen Voraussetzungen in den Fokus, denen er gesellschaftliche Relevanz unterstellt. Der Zusammenhang von fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen und ländlicher Lebenswelt wird explizit in dem Sammelband von Chakraborti und Garland 2004 unter dem Terminus *rural racism* untersucht. Der Sammelband gibt Einblicke in Diskriminierungs- und Rassismus-Erfahrungen im ländlichen Großbritannien, um der in dort weit verbreiteten Perspektive auf das Ländliche als ‚soziale Idylle‘ die Sichtweise von Minderheiten entgegen zu setzen (Chakraborti, Garland 2004). Genauere Konzeptualisierungen im Rahmen eines theoretischen Modells zum ländlichen Rassismus legen sie hierfür jedoch nicht vor.

Als eine der wenigen Publikationen auf Basis von Umfragedaten, die zwischen ländlichem und urbanem Raum unterscheiden, befasst sich Hoffmeyer-Zlotnik (2000) mit den Möglichkeiten der Differenzierbarkeit von Regionaldaten anhand der Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Er untersucht, welchen Einfluss regionale Bedingungen auf die Einstellung gegenüber Ausländer*innen haben. Dabei differenzierte er nicht nur zwischen Ost- und West-Deutschland, sondern unterschied auch ‚ländliche‘ und ‚städtische‘ Gebiete auf Grundlage der Klassifizierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Als Ergebnis seiner Untersuchung konstatiert er eine stärker reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber Ausländer*innen in ländlichen Gemeinden. Er führt dies auf (durch selektive Abwanderung bedingte) soziodemographische Spezifika und mangelnde Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländer*innen zurück und liefert damit einen Beleg für die Kontakthypothese nach Allport (1954). Auch aus forschungsmethodischer Sicht ist Hoffmeyer-Zlotniks Beitrag interessant, da er auf die (eingeschränkten) Möglichkeiten der regional differenzierenden Auswertung von Umfragedaten

⁵ Laut einer aktuellen Studie gibt es zudem eine regionale Kontinuität von Vorlieben für extrem rechte Parteien. Diese Kontinuität zeigt sich stärker in kleineren Ortschaften im ländlichen Raum. Als Grund wird die mangelnde Diversität an Denkweisen und Lebensstilen vermutet, wodurch politische Traditionen häufiger unhinterfragt weitergegeben werden (vgl. Cantoni et al. 2019).

hinweist: Die Fallzahlen der nationalen Surveys (ALLBUS 2000-3000 Befragte) sind in der Regel nicht groß genug, um eine ausreichende Zellbesetzung für einzelne Gemeinden oder Landkreise zu erreichen (Hoffmeyer-Zlotnik 2000: 225). „Zusätzliche Daten sind schwierig zu bekommen und nur über das die Daten erhebende Institut unmittelbar nach Abschluß der Feldarbeit zuspätkombar, denn hierzu wird die Gemeindeganziffer benötigt“ (Hoffmeyer-Zlotnik 2000: 225). Auch die durch die Zufallsstichprobe geringe Gemeindeanzahl stellt eine Herausforderung für die Aussagekraft in Bezug auf regionale Spezifika dar. „Denn je mehr Variablen in die Definition von Gebietstypen einbezogen werden, desto stärker ist man auf eine große Anzahl an Gemeinden bei der Typisierung angewiesen, um die volle Bandbreite möglicher Typen mit ausreichender Fallzahlen abdecken zu können“ (Hoffmeyer-Zlotnik 2000: 226).

2017 veröffentlichte die Wochenzeitung DIE ZEIT eine Sonderauswertung des ALLBUS und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 2015 hinsichtlich der Einstellungen gegenüber Vielfalt und Kontakt zu Ausländer*innen, und zwar differenziert nach Siedlungsgröße („Dorf“, „Kleinstadt“, „Stadt“ und „Großstadt“). Es zeigte sich ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied: Befragte aus Städten gaben deutlich mehr Sozialkontakte mit Ausländer*innen an (70 % in Großstädten, nur 46 % in Dörfern). Auch die Akzeptanz religiöser Diversität ist in Kleinstädten und Dörfern deutlich geringer ausgeprägt als in größeren Städten. Der Aussage „Ich hätte nichts gegen einen muslimischen Bürgermeister in meiner Gemeinde.“ stimmten beispielsweise nur 27 % der Befragten aus Dörfern und 34 % aus Kleinstädten zu, in Städten und Großstädten 36 % bzw. 45 %. Weniger große Unterschiede zeigen sich bei der Haltung zur Aussage „Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.“. Hier liegen die Ergebnisse der Zustimmung in Großstädten bei 27 %, in Dörfern bei 34 %. Sozialökonomische Faktoren wurden hierbei nicht berechnet. Dass die individuelle aber auch die kollektive soziale Lage ursächlich für die vorgefundenen Unterschiede sein kann, darauf weisen die Autor*innen in ihrem Resümee hin: „Manche Einstellungswandel der vergangenen Jahre teilen Stadt und Land. Es gibt wachsende Spaltungen in Deutschland, aber vermutlich eher zwischen Regionen, Religionen, Alters- und Einkommensgruppen, als zwischen Großstädtern, Kleinstädtern und Dörflern“ (Bangel et al. 2017). Die theoretischen Annahmen zur Erklärung von Rezeptivität bzw. zugewandten Einstellungen gegenüber Fremden sind weitaus weniger empirisch bearbeitet, als etwa die Ausprägung von Vorurteilen oder Fremdenfeindlichkeit. Als eine der wenigen größeren Bevölkerungsumfragen beschäftigt sich der „Radar Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung mit der Frage, was stärkende Elemente für Gemeinschaften sein können (Arant, Larsen, Boehnke 2017). Die Autor*innen differenzieren die Ergebnisse nach Bundesländern und liefern auch einige Erkenntnisse zu ländlichen Räumen. So geht die Studie davon aus, dass auch in strukturschwachen aber ländlichen Regionen die soziale Kohäsion tendenziell höher ist, als in dicht besiedelten Gebieten. Jedoch ist die Akzeptanz von Vielfalt laut Bertelsmann-Radar besonders in ländlichen Regionen im Osten Deutschlands niedrig (Arant, Larsen, Boehnke 2017: 19 f.).

Während die großen Panelbefragungen in der Einstellungsforschung selten raumspezifische Auswertungen vornehmen, liegen bereits wenige qualitative Studien oder Berichte aus Praxisprojekten vor, die sich sogar explizit mit Geflüchteten und ländlichen Räumen beschäftigen. Hier finden

sich insbesondere akteurszentrierte Perspektiven; meist untersucht in einzelnen Gemeinden oder ausgewählten Regionen. Als eine der ersten Publikationen weisen Micksch und Schwiers (2000) aufgrund von Praxiserfahrungen in ländlichen Gemeinden in Hessen auf die spezifischen Herausforderungen der Integration von „Fremden auf dem Lande“ hin. Dabei gehen sie davon aus, dass die Qualität der Integration und der Integrationsverlauf mit der ökonomischen Situation vor Ort, historischen Erfahrungen mit Zuwanderungen aber auch der Einstellung von ‚Schlüsselpersonen‘ der Gemeinden zusammenhängt. Des Weiteren sei die Untersuchung von Kreichauf (2012) zu nennen, der in der Tradition der Segregationsforschung urbaner Räume der 1990er und 2000er Jahre (siehe hierzu etwa Häußermann, Oswald 1997) die Kleinstadt Genthin untersucht, insbesondere die Spätaussiedler*innen, jedoch weniger soziale Integrationsbedingungen der Aufnahmegesellschaft in den Blick nimmt.

Besonders umfangreich widmen sich die Praxis-Forschungs-Projekte der Schader-Stiftung (Boos-Krüger 2005; Schader Stiftung 2007, 2011; Schader Stiftung et al. 2005) dem Themenfeld kleiner Kommunen und Integrationspotenzialen von Zugewanderten; die Untersuchungen sind jedoch nicht speziell auf Geflüchtete bezogen. Als wichtigste Faktoren, die die Integration auf dem Land beeinflussen, werden die räumliche Überschaubarkeit und das hohe „Maß an sozialer Öffentlichkeit“ angenommen, die eine Auseinandersetzung mit Neuzugewanderten „unumgänglich“ (Schader Stiftung 2007) machen. Auch hier gehen die Autor*innen von einem Einfluss der ökonomischen Situation auf die Integrationsbereitschaft aus, ebenso wie die historische Erfahrung mit Migration und die Relevanz von einzelnen Personen und Autoritäten in den Gemeinden (z. B. Pfarrer*innen, Ortsvorsteher*innen). Ablehnende Haltungen hingegen thematisieren Aumüller et al. (2015) in ihrer Expertise etwas umfangreicher, gehen jedoch nur geringfügig auf methodische Ausführungen zur Erhebung der Daten ein. Sie stellen Einblicke aus den untersuchten ländlichen Kommunen vor, die lokale Abneigungen gegen die Aufnahme von Geflüchteten und fremdenfeindlichen Ressentiments beschreiben. Doch auch in diesen Regionen sind zivilgesellschaftliche Netzwerke von Unterstützungsvereinen und -initiativen ein immanenter Bestandteil des Integrationssystems (Aumüller, Daphi, Biesenkamp 2015: 126 ff.).

Eine der ausführlichsten Betrachtungen legte Roos (2016) mit ihrer mixed methods Studie vor, in der sie die Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der Kreisstadt Merzig aufzeigt. In ihrer Studie analysiert Roos insbesondere die Perspektive von ausländischen Einwohner*innen auf die gesellschaftlichen Integrationsbedingungen. Ihre Ergebnisse aus einer Repräsentativbefragung sowie aus problemzentrierten Interviews zeigen, dass Intergruppenkontakte insbesondere im direkten Wohnumfeld in der untersuchten Kreisstadt eine große Rolle spielen: „Die Untersuchungsergebnisse unterstreichen, dass für eine gelingende Integration Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen innerhalb und außerhalb des direkten Wohnumfelds von besonderer Relevanz sind.“ (Roos 2016: 297). Zudem weist sie auf die Rolle von Schlüsselpersonen und gemeinnützigen Vereinen hin, „denen hinsichtlich des interkulturellen Miteinanders in allen Kommunen eine wichtige Vorbildfunktion zukommt“ (Roos 2016: 432). Die Rolle von Vereinen in der Integrationsarbeit vor Ort betonen auch Nadler et al. (Nadler, Kriszan, Nienaber 2010: 111) in ihren Ergebnissen zur saarländischen Integrationslandschaft. Dabei spiegeln diese

Annahmen auch Ergebnisse aus repräsentativen Befragungen zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland, etwa dem Freiwilligensurvey 2014 oder dem ZiviZ Survey. Die Befragung des Freiwilligensurveys zeigte 2014 deutlich stärker ausgeprägtes Engagement von Personen, die in ländlichen Regionen leben – im Vergleich zu Personen aus Städten, insbesondere Großstädten (Priemer, Krimmer, Labigne 2017; Tesch-Römer, Vogel, Simonson 2017).

Glorius und Schondelmayer (2018) untersuchen in einer qualitativen vergleichenden Fallstudie die kommunale Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Regionen Sachsens und Baden-Württembergs. Die Analyse basiert auf einer wissenssoziologischen Perspektive, ausgerichtet auf kollektive Orientierungs- und Argumentationsmuster. Sie verfolgen die Hypothese, dass zwischen Einstellungen gegenüber Fremden und lokalen Praktiken hinsichtlich der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten ein Zusammenhang besteht. Die Ergebnisse bestätigen die Hypothese und geben in Form einer Typisierung Hinweise auf die Entstehung der lokalen Willkommenskulturen: Diese basieren einerseits auf lokalspezifischen strukturellen Rahmenbedingungen und kollektiven Erfahrungen, andererseits auf unterschiedlichen Vorstellungen von lokaler Governance. Besonders interessant ist hierbei die diskursive und praktische Einbettung der Flüchtlingsintegration in die allgemeinen Entwicklungspfade der Gemeinden: So betrachten einige Gemeinden die Geflüchteten als Entwicklungschance im Kontext von Abwanderung, Alterung und Fachkräftemangel und binden Integrationsaspekte in ihre allgemeinen Entwicklungsstrategien ein, während andere Gemeinden den Aufenthalt von Geflüchteten als vorübergehenden Zustand ansehen und dementsprechend keine nachhaltigen Integrationskonzepte entwickeln.

Ausschließlich auf kleinere Gemeinden in Sachsen bezogen ist eine Studie von Glorius (2017a), in der sie die Flüchtlingsaufnahme während des Jahres 2015 „forschend begleitet“ (vgl. Glorius 2017a: 44). Ausgehend von den institutionellen Praktiken der Flüchtlingsverteilung des Jahres 2015 beobachtet sie die Reaktionen in einzelnen Gemeinden und widmet sich der Frage, „auf welcher Grundlage gesellschaftliche Integrationspotenziale einerseits bzw. xenophobe Einstellungen und daraus resultierende destruktive Verhaltensweisen andererseits ausgebildet werden und welche Effekte diese für den Akkulturationsprozess zeitigen“ (ebd.). Ihre Ergebnisse weisen neben einer Bestätigung von Erklärungsansätzen aus dem Bereich der sozialpsychologischen Forschung auf die Bedeutung räumlicher und historischer Kontextbedingungen hin. Aufgrund selektiver Abwanderungsprozesse sowie des Rückbaus von Infrastruktur sei in vielen ländlichen Regionen Ostdeutschlands weder das strukturelle noch das gesellschaftliche Potenzial vorhanden, um mit einer größeren Anzahl von Asylsuchenden umzugehen. Abschließend empfiehlt sie, die Heterogenität der regionalen Aufnahme- und Integrationsfähigkeit bei der Planung der Flüchtlingsunterbringung zu berücksichtigen.

Auch in internationaler Forschung wird die Haltung der Aufnahmegesellschaft in Bezug auf die Aufnahme von Asylsuchenden untersucht, wobei vielfach die Konzentration auf jenen Fallbeispielen liegt, in denen eine starke Ablehnung zu verzeichnen ist (z. B. Hubbard 2005). Zorlu (2016) verwendet eine Repräsentativbefragung unter Anwohner*innen von neu installierten Erstauf-

nahmeeinrichtungen in ländlichen Gemeinden in den Niederlanden, um die Einstellungen der lokalen Bevölkerung und eventuelle Veränderungen über die Zeit zu untersuchen. Seine Annahmen basieren auf der Kontakthypothese (wobei er vor allem die freiwilligen Kontakte als förderlich annimmt) sowie der relativen Deprivation, verbunden mit Ethnozentrismus. So stellt er die Hypothesen auf, dass eine wahrgenommene Gefährdung der eigenen Position vor allem bei sozialökonomisch schlechter gestellten Gruppen auftritt, und dass diese mit einer vermuteten Gefährdung der niederländischen Kultur und nationalen Identität einhergehen (Zorlu 2016: 17). Weiterhin vermutet er einen Einfluss des lokalen Kontexts. Dabei hebt er vor allem die Not In My Backyard (NIMBY) Hypothese hervor, die annimmt, dass negative Einstellungen gegenüber Zuwanderern im lokalen Kontext verankert sind und in der Fokussierung auf lokale Interessen begründet sind. Zorlu weist jedoch darauf hin, dass negative Haltungen gegenüber der Errichtung einer Gruppenunterkunft nicht zwangsläufig mit negativen Haltungen gegenüber Asylsuchenden einhergehen müssen.

Seine Auswertungen zeigen eine Bestätigung der Kontakthypothese in Bezug auf freiwillige Kontakte, während berufsbezogene Kontakte negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden eher verstärkten. Die eigene lokale Betroffenheit, gemessen mit der Lage des Wohnstandortes zur Asylbewerberunterkunft, hatte keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellungsmuster. Hingegen konnte ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Sorge um die nationale Kultur und Identität und der Ablehnung von Asylsuchenden und Gruppenunterkünften gemessen werden, während jene Befragte, die international und europäisch eingestellt waren, Migrant*innen generell positiver gegenüberstanden. Auch die Vermutung ökonomischer Vorteile durch die Asylbewerberereinrichtung beeinflusste die Einstellungen positiv. Zorlu kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass die Einstellungen gegenüber Asylsuchenden in kleineren ländlichen Gemeinden, die weniger Erfahrung mit Migration und Interkulturalität haben, nicht wesentlich vom nationalen Durchschnitt abweichen. Wesentliche Einflussfaktoren für die Ausprägung von Einstellungen gegenüber Asylsuchenden sind hingegen die sozioökonomische Position und das Ausmaß der internationalen Orientierung der Bevölkerung, zwischenmenschlichen Kontakten zu Asylsuchenden, die wahrgenommene Gefährdung der niederländischen Kultur und der wahrgenommene ökonomische Vorteile durch die Ansiedlung von Asylsuchenden. Er resümiert, dass die Größenordnung und der Einfluss lokalen Widerstandes gegen eine Asylunterkunft weniger groß sind, als es die mediale Repräsentation von Protesten vermuten lässt, und empfiehlt weitere Forschungen in diesem Bereich, welche nicht nur Einstellungen und Verhaltensmuster, sondern auch die lokalen Rahmenbedingungen und mediale Diskurse einbeziehen (Zorlu 2016: 35).

5 Zusammenfassung und Konsequenzen für das Forschungsdesign

Durch die verstärkte Zuwanderung von Schutzsuchenden nach Deutschland seit 2014 und ihre deutschlandweite Verteilung nach einer Logik der Lastenteilung sind nun auch ländliche Gemeinden und Regionen Orte der Integration. Migrations- und Integrationsverläufe gelten zwar als gut untersucht, jedoch fehlt meist ein dezidiertes räumliches Bezugsrahmen bzw. wird meist implizit ein Bezug zu urbanen Räumen hergestellt. Demgegenüber gibt es nur wenig Forschung, die sich mit der Spezifik ländlicher Ankunfts- und Integrationsorte beschäftigt. Ebenso zeigen die bisherigen Untersuchungen eine starke Fokussierung auf einzelne Kommengrößen oder Vergleiche dieser in ihren Einstellungen; sie beziehen sich weniger auf ländliche Räume in ihrer vielseitigen Ausprägung. Gleichwohl lassen die vorliegenden Fallstudien vermuten, dass ländliche Räume und Gesellschaften in vielerlei Hinsicht anders konstituiert sind, als urbane Räume, und dass sich dementsprechend auch andere Integrationsvoraussetzungen und -verläufe ergeben.

Das Projekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ widmet sich dieser Forschungsfrage anhand von vier Teilprojekten, in denen integrationsrelevante Rahmenbedingungen (Teilprojekt 1), die Perspektive Geflüchteter (Teilprojekt 2), Ansätze lokaler Integrationspolitik (Teilprojekt 3) sowie die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und die Einstellungsmuster der Aufnahmegesellschaft (Teilprojekt 4) untersucht werden. Gegenstand dieses Working Papers ist eine Aufbereitung der konzeptionellen Grundlagen und ein Überblick über den Stand der Forschung, um auf dieser Basis forschungsleitende Annahmen zu formulieren und ein Untersuchungskonzept zu skizzieren.

5.1 Repräsentativerhebung zu Einstellungen der Aufnahmegesellschaft

Die Ausführungen haben gezeigt, dass es eine breite und empirisch valide Palette von Indikatoren gibt, die die Einstellungen der Aufnahmegesellschaft differenziert abbilden. Diese Items basieren auf verschiedenen sozialpsychologischen und soziologischen Theorien, die sowohl individuelle als auch gruppen- und strukturbezogene Einstellungsmuster erklären. Dabei ist zwischen zugewandten und ablehnenden Einstellungsmustern und dem zugrunde liegenden Theorieangebot zu unterscheiden: Erklärungsansätze zur Untersuchung von Annäherungsprozessen arbeiten mit dem Konzept der Rezeptivität, mit der Kontakthypothese und dem Toleranzbegriff (vgl. Kapitel 2). Theorien, die ablehnende Einstellungsmuster erklären, umfassen das Konzept der relativen Deprivation, die Autoritarismus- und Anomietheorie sowie das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Kapitel 3).

Bezugnehmend auf das Konzept der Rezeptivität nehmen wir an, dass sozialräumliche Strukturen Einfluss auf Einstellungen der lokalen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten haben. Weiterhin nehmen wir an, dass die vorgestellten Theorien mit entsprechenden geprüften Items auch in ländlichen Regionen bestätigt werden (z. B. Kontakthypothese, relative Deprivation, Anomie). Darüber hinaus ist es möglich, dass die Spezifik der ländlichen Siedlungs- und Vergesellschaftungs-

tungsformen weitere Erklärungsansätze für Einstellungen gegenüber „Fremden“ bereithält. In den bislang durchgeführten Umfragestudien liegt der Fokus zumeist auf der Erklärung ablehnenden Verhaltens. Für die hier geplante Forschung ist hingegen vor allem von Bedeutung, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung hergestellt werden kann. Für die empirische Arbeit lässt sich ableiten, dass eine kombinierte Untersuchung von ablehnenden und zugewandten Einstellungen sowie die Erhebung von sozialräumlichen Kontextmerkmalen (z. B. Standortzufriedenheit, Qualität der Nachbarschaftskontakte) angemessen ist, um die Vielfalt der lokalen Bedingungen abzubilden und Essentialisierungen zu vermeiden. Dieser Untersuchungsschritt ist in Form einer Repräsentativerhebung geplant (Tabelle 1).

Tabelle 1: Empirische Bausteine zur Erhebung von Einstellungen und Verhaltensmustern hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Gemeinden

Erkenntnisziel	Erhebungsschritt
Einstellungen der Aufnahmegesellschaft zur Zuwanderung und lokalen Integration	Repräsentativerhebung
Einstellungen, Handlungsorientierungen und Praktiken von lokalen Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft	Leitfadengestützte Expert*inneninterviews bzw. leitfadengestützte narrative Interviews
Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten, institutioneller und zivilgesellschaftlicher Unterstützung und Integrationsergebnissen	Medienanalyse

Quelle: Eigener Entwurf.

5.2 Qualitative Untersuchung der Einstellungen, Handlungsorientierungen und Integrationspraktiken zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

Die Literaturschau hat gezeigt, dass ein tieferes Verständnis der lokalen Gegebenheiten notwendig ist, um Einstellungen und Praktiken der Wohnbevölkerung sowie lokale Integrationspfade angemessen zu kontextualisieren (vgl. Kapitel 4). Von besonderer Bedeutung ist die Haltung und Handlungspraxis lokaler Schlüsselakteur*innen, da von ihnen gerade in kleineren Gemeinden eine Signalfunktion für die lokale Gemeinschaft ausgehen kann. Daher soll in einem zweiten empirischen Schritt untersucht werden, welche Perspektiven auf Zuwanderung aufseiten institutioneller und zivilgesellschaftlicher Schlüsselakteur*innen entwickelt werden, inwiefern sich diese im Vergleich ähneln und unterscheiden und welche Handlungsorientierungen und darauf aufbauende Praktiken dabei zu rekonstruieren sind (Tabelle 1). Als relevante Akteur*innen werden Schlüsselpersonen der Zivilgesellschaft in den Untersuchungsgemeinden identifiziert – wie z. B. politische Amtsträger*innen, Vorsitzende von politischen Ortsgruppen und Vereinen, Vertreter*innen ehrenamtlicher Einrichtungen der Flüchtlingshilfe sowie sozialer und weltanschaulicher Institutionen und Bildungseinrichtungen. Die Untersuchungsmethodik fokussiert auf der Erhe-

bung von Expert*innenwissen zu der lokalen Integrationspraxis und der Haltung der Bevölkerung in den Fallstudiengemeinden. In der Rekonstruktion der Akteursorientierungen werden typisierbare Phänomene in Hinblick auf Zuwanderung herausgearbeitet, diese in ihren Folgen und auch ihrer möglichen Genese ausgeleuchtet und damit der Vergleich verschiedener Fallstudiengemeinden genutzt, um differente politisch-kulturelle Reaktionen abzubilden.

5.3 Analyse lokaler Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten, institutioneller und zivilgesellschaftlicher Hilfeleistung und Integrationsergebnissen

Ausgehend von den Ausführungen zur Subjektivität von Deprivationserfahrungen (Kapitel 3), den Erkenntnissen aus der Literaturschau (Kapitel 4) sowie übergeordneten Erkenntnissen zur Politisierung gehen wir davon aus, dass auch lokale Diskurse zur Legitimität von Flucht und Asyl als handlungsleitendes Kontextmerkmal von Bedeutung sind. Lokale Diskurse begreifen wir als „überindividuelle Muster des Denkens, Sprechens, Sich-selbst-Begreifens und Handelns“ (Glasze und Mattisek 2009: 12). Eine Analyse der Diskursverläufe, Hauptakteur*innen und jeweiligen Machtpositionen (Diskurshoheit) trägt dazu bei, den Herstellungsprozess von öffentlichen Diskursen und darin verwobenen (lokalen) Kämpfen um Deutungshoheiten zu beleuchten (Tabelle 1). Flankierend zu den Untersuchungen der Einstellung der Zivilgesellschaft sowie der Handlungsorientierungen zivilgesellschaftlicher Schlüsselakteur*innen in den Fallstudienregionen werden daher die lokalen Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten, zu institutionellen und zivilgesellschaftlichen Hilfsaktivitäten sowie den Integrationsergebnissen und -folgen analysiert. Mit diesem dritten empirischen Baustein gewinnen wir ein vertiefendes Verständnis zur Entwicklung der lokalen Rezeptivität und Gründen für ihre unterschiedlichen Ausprägungsformen.

Abschließend werden die empirischen Ergebnisse aus den drei Erhebungsbereichen vergleichend analysiert. Die Analyse und vergleichende Reflexion der Ergebnisse ermöglicht es, Handlungsempfehlungen hinsichtlich einer positiven und proaktiven Handlungsorientierung unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten zu entwickeln.

Literaturverzeichnis

- Adorno TW, Frenkel-Brunswik E, Levinson DJ, Sanford RN (eds) (1950) *The Authoritarian Personality*. Studies in Prejudice Series, Volume 1. New York: Harper & Row, 990 p
- Allport GW (1954) *The Nature of Prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley, 537 p
- Anhut R, Heitmeyer W (2000) Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer W (ed) *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Konflikt- und Gewaltforschung. Weinheim: Juventa-Verlag: pp 17-75
- Anhut R, Heitmeyer W (2007) Desintegrationstheorie – ein Erklärungsansatz. In: *Bl.research* 30: 55-58
- Arant R, Larsen M, Boehnke K (2017) *Sozialer Zusammenhalt in Bremen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 106 p
- Aumüller J, Daphi P, Biesenkamp C (2015) *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Teilhabe – Vernetzung – Engagement – Integration; Expertise*. Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung, 182 p
- Bacher J (2000) Macht Arbeitslosigkeit rechtsextrem? 16 p, zu finden in <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-236156> [zitiert am 21.03.2019]
- Bangel C, Faigle P, Gortana F, Loos A, Mohr F, Speckmeier J, Stahnke J, Venohr S, Blickle P (2017) Stadt, Land, Vorurteil. In: *DIE ZEIT*, 12. September 2017, zu finden in <https://www.zeit.de/feature/deutsche-bevoelkerung-stadt-land-unterschiede-vorurteile> [zitiert am 28.05.2018]
- Becker B (2005) Der Einfluss der Bezugsgruppenmeinung auf die Einstellung gegenüber Ausländern in Ost- und Westdeutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34;1: 40-59
- Bernstein J, Inowlockim L (2015) Starre Vorurteile, veränderbare Menschen. Gordon W. Allports „The Nature of Prejudice“ als Werkzeug zur Analyse von Zuordnungsprozessen in Forschung und Lehre zu Migration. In: Reuter J, Mecheril P (eds) *Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien*. Interkulturelle Studien. Wiesbaden: Springer VS: pp 191-213
- Bobar A, Winder G (2018) Der Begriff der Resilienz in der Humangeographie. In: Karidi M, Schneider M, Gutwald R (eds) *Resilienz. Interdisziplinäre Perspektiven zu Wandel und Transformation*. Wiesbaden, Germany: Springer: pp 83-99
- Boos-Krüger A (2005) Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet. In: Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft und Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (ed): *Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt*. Darmstadt: pp 407444
- Borstel D (2008) Vorbild Ostdeutschland? Westdeutscher Rechtsextremismus im Wandel. Das Beispiel Westpfalz. In: Heitmeyer W (ed) *Deutsche Zustände*. Folge 6. Edition Suhrkamp 2525. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp: pp 262-270

- Cantoni D, Hagemeister F, Westcott M (2019) Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Discussion Paper No. 143. Rationality & Competition CRC TRR 190, 86 p
- Chakraborti N, Garland J (eds) (2004) Rural racism. London: Routledge, 224 p
- Decker O, Brähler E (2016) Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen „Mitte“-Studien und Fragestellung. In: Decker O, Kiess J, Brähler E (eds) Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger "Mitte"-Studie 2016. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag: pp 11-21
- Decker O, Brähler E (eds) (2018) Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, 254 p
- Decker O, Grave T, Rothe K, Weißmann M, Kiess J, Brähler E (2012) Erziehungserfahrung, politische Einstellung und Autoritarismus – Ergebnisse der "Mitte"-Studien. In: Kluge S, Lohmann I (eds) Schöne neue Leitbilder. Frankfurt/Main: Lang Verlag: pp 267-304
- Decker O, Kiess J, Eggers E, Brähler E (2016) Die "Mitte"-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker O, Kiess J, Brähler E (eds) Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger "Mitte"-Studie 2016. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag: pp 23-66
- Farwick A (2009) Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. Stadt, Raum und Gesellschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 340 p
- Forst R (2000) Toleranz: philosophische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis einer umstrittenen Tugend. Frankfurt [u. a.]: Campus-Verl., 285 p
- Glorius B (2017a) Flüchtlingsaufnahme in Sachsen aus interkommunal vergleichender Perspektive. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (ed) Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland. Dezembertagung der DGD-Arbeitskreise „Städte und Regionen“, „Migration, Integration, Minderheiten“ der DGD in Kooperation mit dem BBSR Bonn am 3. und 4. Dezember 2015 in Berlin. BBSR-Online-Publikation 04/2017, Bonn, März 2017, 44-54. Online verfügbar unter http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/BBSROnline_node.html
- Glorius B (2017b) Integrations- und Bleibeperspektiven für Geflüchtete in ländlichen Räumen: Rolle von gesellschaftlichem Engagement und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft. In: Mehl P (ed), Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-) herausforderungen: Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, pp 91-109
- Glorius B, Schondelmayer A-C (2018) Perspektiven auf Fluchtmigration in Ost und West – ein regionaler Blick auf kommunale Integrationspraxis. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften 12/1, 75-92
- Häußermann H, Oswald I (1997) Zuwanderung und Stadtentwicklung. LEVIATHAN Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 470 p

- Hellmann K-U (1998) Fremdheit als soziale Konstruktion. Eine Studie zur Systemtheorie des Fremden. In: Münkler H (ed) Die Herausforderung durch das Fremde. Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Band 5. Berlin: Akademie Verlag: pp 401-458
- Heitmeyer W (2012) Rechtsextremismus und gesellschaftliche Selbstentlastung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19: pp 22-27
- Heyder A, Gaßner A (2012) Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 41;3: 277-297
- Horkheimer M, Fromm E, Marcuse H (1936) Studien über Autorität und Familie. Springer: zu Klampen (Reprint der Originalauflage, 1987), 479 p
- Hubbard P (2005) 'Inappropriate and incongruous': opposition to asylum centres in the English countryside. In: Journal of Rural Studies 21: 3-17
- Jacobsen GC (2008) Sozialstruktur und Gender. Analyse geschlechtsspezifischer Kriminalität mit der Anomietheorie Mertons. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 242 p
- Klein A, Zick A (2013) Toleranz versus Vorurteil? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 65(2):277-300, DOI: 10.1007/s11577-013-0203-z
- Kreichauf R (2012) Kleinstadt und Zuwanderung. Zur Theorie und Empirie ethnischer Segregation in kleinen Städten. Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung 41. Berlin: Univ.-Verl. der TU Univ.-Bibliothek, 94 p
- Küpper B (2012) Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland Eine 10-jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungsumfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen. Laufzeit 2002-2012. Bielefeld, 10 p
- Lockwood D (1964) Social Integration and System Integration. In: Zollschan GK, Hirsch, W. (eds) Explorations in Social Change, London, pp 244-257
- Mackert J, Steinbicker J (2013) Zur Aktualität von Robert K. Merton. Aktuelle und klassische Sozial- und Kulturwissenschaftler/innen. Wiesbaden: Springer, 120 p
- McDaniel P (2013) Receptivity in a New Immigrant Gateway: Immigrant Settlement Geography, Public Education, and Immigrant Integration in Charlotte, North Carolina. Dissertation. Charlotte, 357 p
- McDaniel P, Smith HA (2017) Receptivity's Construction in Public Schools: a Component of Immigrant Integration in an Emerging Gateway. In: Journal of International Migration and Integration 18(4):1061-1081, DOI:10.1007/s12134-017-0522-4
- Merton RK (1957) Social theory and social structure. Glencoe, Ill.: The Free Press, 645 p
- Micksch J, Schwier A (eds) (2000) Fremde auf dem Lande. Interkulturelle Beiträge 19. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Lembeck, 159 p

- Nadler R, Kriszan M, Nienaber B, Frys W (2010) Zuwanderung internationaler Migranten in schrumpfende ländliche Regionen: die Fallbeispiele Ostsachsen und Saarland. In: Europa Regional 18;2-3, 2010:107-121, zu finden in <<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-314856>>, [zitiert am 29.05.2018]
- Nikodem C, Schulze E, Yildiz E, Bukow W-D (eds) (2007) Was heißt hier Parallelgesellschaft?: Zum Umgang mit Differenzen, 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 303 p, Interkulturelle Studien 19
- Pettigrew T, Christ O, Wagner U, Meertens RW, van Dick R, Zick A (2008) Relative Deprivation and Inter-group Prejudice. In: Journal of Social Issues 2 (64):385-401
- Priemer J, Krimmer H, Labigne A (2017) ZiviZ Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin, 64 p
- Rippl S, Baier D (2005) Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: KzfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57(4):644-666, DOI:10.1007/s11577-005-0219-0
- Roos UM (2016) Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig: eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund: Universität des Saarlandes, 477 p
- Rosenberger S, Stern V, Merhaut N (eds) (2018) Protest Movements in Asylum and Deportation. IMISCOE Research Series. Cham: Springer International Publishing, 294 p
- Runciman W G (1967) Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England. Reports of the Institute of Community Studies 13. 2. Aufl. London: Routledge & Kegan Paul, 338 p
- Schader Stiftung (2007) Zuwanderer auf dem Land – Forschung: Integration von Ausländern, zu finden in <<https://www.schader-stiftung.de/themen/vielfalt-und-integration/fokus/zuwanderung-im-laendlichen-raum/artikel/zuwanderer-auf-dem-land-forschung-integration-von-auslaendern/>> [zitiert am 28.05.2018]
- Schader Stiftung (2011) Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung, 231 p
- Schader Stiftung; Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen; Deutsches Institut für Urbanistik; Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (2005) Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, 88 p
- Scherr A, Hofmann R (2018) Sanctuary Cities – Zufluchts-Städte. In: Gesemann F, Roth R (eds) Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, pp 869-882
- Tesch-Römer C, Vogel C, Simonson J (2017) Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. s.l.: Springer, 643 p
- Wasmer M, Koch, A (2000) Ausländer als Bürger 2. Klasse? Einstellungen zur rechtlichen Gleichstellung von Ausländern. In: Alba R, Schmidt P, Wasmer M (eds) Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, pp 255-293

Zick A, Küpper B, Krause D, Berghan W (2016) *Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz, 240 p

Zorlu A (2016) Attitudes toward Asylum Seekers in Small Local Communities. *Int Migr* 55(6):14-36, DOI:10.1111/imig.12296

Bibliografische Information:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

*Bibliographic information:
The Deutsche Nationalbibliothek (German National Library) lists this publication in the German National Bibliographie; detailed bibliographic data is available on the Internet at www.dnb.de*

Bereits in dieser Reihe erschienene Bände finden Sie im Internet unter www.thuenen.de

Volumes already published in this series are available on the Internet at www.thuenen.de

Zitationsvorschlag – Suggested source citation:
Glorius B, Bürer M, Schneider H (2019) Integration von Geflüchteten und die Rolle der Aufnahmegesellschaft: Konzeptionelle Überlegungen und ihre Anwendung auf ländliche Räume. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 41 p, Thünen Working Paper 120, DOI:10.3220/WP1550743518000

Die Verantwortung für die Inhalte liegt bei den jeweiligen Verfassern bzw. Verfasserinnen.

The respective authors are responsible for the content of their publications.



Thünen Working Paper 120

Herausgeber/Redaktionsanschrift – *Editor/address*
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
Germany

thuenen-working-paper@thuenen.de
www.thuenen.de

DOI:10.3220/WP1550743518000
urn:urn:nbn:de:gbv:253-201902-dn060828-7